

Regierung und wünschte eine Umsetzung bis zur nächsten Sitzung, damit keine Rückwirkung nötig werde. Er drohte auch mit einer Motion, mit Verweis auf die Geschäftsordnung, da der Progressionsartikel nicht Gegenstand der Vorlage war und keine Anträge dazu gestellt werden konnten.

Regierungschef Kieber willigte ein, das Verlangen zu prüfen. Er stellte fest, dass sich das Begehren von Johann Beck auf die Stellungnahme und Position des Arbeitnehmerverbandes gründete. Man habe diese bereits geprüft und sich damit auseinandergesetzt, meinte er dazu.³⁶⁴

Wie so oft äusserten Vertreter beider Parteien den Wunsch nach einer Totalrevision und der Einführung der allgemeinen Einkommenssteuer. Emanuel Vogt (FBP) lobte die Arbeit der Regierung und stimmte der Vorlage zu. Anton Gerner (FBP) äusserte sich positiv und verwies auf die Familienväter und Grossfamilien als Hauptbegünstigte. Franz Beck (VU) verwies als erstes auf die Steuerungerechtigkeiten, erörterte aber danach die Frage, ob man das zuviel bezahlte Geld zurückerhalten könnte. Dazu verwies er auch auf die entgangenen Zinsen durch die Voreinzahlung der Steuer bei Unselbständigen. Cyrill Büchel (VU) zeigte mit einem Beispiel an, dass die indexierten Lebenshaltungskosten des Beispiels aus der Schweiz im Regierungsbericht zu niedrig sei.

Der Regierungschef begegnete den Eingaben. Er nannte gleich zu Beginn die Zielsetzung der Vorlage: die Teuerungsanpassung durch Erhöhung der Abzüge und nicht durch Anpassung der Progression. Das zuviel bezahlte Geld könne nicht zurück erstattet werden, sagte er in Richtung Franz Beck. Der Grossteil seiner Antwort verwendete er auf die Frage nach der Totalrevision. Man habe anfangs 1975 einen Entwurf bei zwei Steuerrechtsexperten der Hochschule St. Gallen in Auftrag gegeben, sagte er, und verwies auf die geplanten internen Fachgruppen, Vernehmlassungsverfahren und die Zielsetzungen der Steuerreform.

Die Abstimmung auf Eintreten erfolgte einstimmig. Der Landtagspräsident eröffnete die Lesung, welche kurz ausfiel. Cyrill Büchel kritisierte in diesem Teil den Abzugsmodus bei der Ehefrau, die Verzinsungshöhe der vom Arbeitgeber eingezogenen Steuern und die fehlende formale Kompetenz der Steuerverwaltung das Geld vom Unternehmer einzuziehen. Der Regierungschef begegnete sehr kurz den Voten. Es kamen keine anderen Meldungen. Eine Kommission setzte man keine ein.³⁶⁵

³⁶⁴ Ltp vom 25.11.76, S. 738-742.

³⁶⁵ Ltp vom 25.11.76, S. 743-748.